

Hamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inserations-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volkshfreund für Hamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Hamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 107.

Donnerstag den 5. September 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Die Kaiserrede.

Preßstimmen.

Wie zu erwarten war, wird die Rede, die der Kaiser im Landesausschuß zu Münster gehalten hat, in der Tagespresse lebhaft kommentiert. Man ist ziemlich einstimmig in dem Urteile, daß diese Rede unter der Gesamtheit der rhetorischen Rundgebungen des Kaisers eine erste Stelle beanspruchen darf, und auch die sachliche Seite der Ausführungen des Kaisers findet im großen und ganzen Anerkennung und zum Teil freudige Zustimmung. Mit Einschränkungen natürlich, denn nicht jedem paßt, was der Kaiser gesagt hat, in seine Weltanschauung. Besonders haben die Ausführungen über Konfessionelle und praktische Religion einen Zwiespalt der Meinungen hervorgerufen, die einen zu begeisterter Rundgebung hingerissen, die andern sichtlich verstimmt. Einige Auszüge aus den Äußerungen der Presse mögen nachstehend Platz finden.

Der nationalliberale Hannoverische Kurier faßt sein Gesamturteil also zusammen: „Die starke nationale Gesinnung und die große Liebe zum deutschen Vaterlande, die aus den Worten des Kaisers sprechen, werden im deutschen Volke sympathischen Widerhall finden, auch der Ruf an alle Stände, dem Kaiser „Mitarbeiter“ zu werden. Allerdings eine unmittelbar bemerkbare Folge wird auch diese Rundgebung nicht haben. Kaiser Wilhelm ist Idealist, auch auf politischem Gebiet; er ist nicht der Mann von Maßregeln, die den Tag dem Tage verknüpfen. ... Die Gabe der großzügigen Betrachtungsweise ist wertvoll, nicht zum mindesten für einen Herrscher; aber mehr noch als anderswo bedarf sie bei ihm der Ergänzung durch den Sinn für die konstanten Mittel, durch die man den aufgestellten Idealen näherkommt, durch den Sinn für das Heute, für die Forderungen der Stunde, für Maßnahmen, die ohne verwirrenden Widerspruch den Tag dem Tage verknüpfen. Diese Ergänzung zu schaffen und zur Geltung zu bringen, ist die Aufgabe der Berater des Kaisers.“

Namentlich nationalliberale Blätter begrüßen, wie schon oben bemerkt, die Rede des Kaisers als eine offene Abkehr vom konfessionellen Dogmenbekenntnis. So sagt die Kölnische Zeitung, der Kaiser spreche es selbst aus, daß die Religion, die ihn erfüllt und beeinflusst, nicht von dem Dogma sich einschnüren lasse; feierlich erkläre er, in dem Glauben an die gemeinsame Quelle der Seele für alle Menschen das Mittel gefunden zu haben, seinen Feinden zu vergeben. Demgegenüber machen es sich namentlich katholische Blätter zur Aufgabe, die Auslassungen des Kaisers vor solcher „Mißdeutung“ zu schützen. Die Kölnische Volkszeitung erwidert auf die zitierte Auslassung: „Der Kaiser hat lediglich betont, daß die praktische Einigung nicht in einer Vereinigung auf dogmatischem Boden gefunden werden könne, weil der Glaube eben seiner Natur nach keine Zugeständnisse an eine andere Auffassung zuläßt, sondern in der Richtung praktischer Duldsamkeit, wie sie die Religion, das Christentum verlangt. Das ist ganz der Boden, auf dem der Toleranzantrag des Zentrums erwachsen ist, der gerade dadurch, daß er, mit dem bekannten Worte Friedrichs des Großen Ernst machend, „jeden nach seiner Fasson selig werden lassen“ will, den religiösen Frieden zu sichern bestrbt ist. ... Wichtig ist, wenn die Köln. Ztg. den Kaiser sagen läßt, „daß kein Eiferer das, was ihm als Religion erscheint, dem andern Mitbürger aufzwingen darf“, aber unrichtig ist es, wenn sie daraus ein Bekenntnis zu einem undogmatischen Christentum macht, dessen es wahrlich nicht bedarf, um der Versöhnlichkeit unter den Konfessionen das Wort zu reden.“

Sichtlich erstaunt äußert sich die auf dem Boden der Stöckerschen Richtung stehende Staatsbürgerzeitung: „So sehr und von ganzem Herzen wir uns des schönen Bekenntnisses zum Heiland, der Vergebung und Veröhnung bringen, freuen, so tut doch wieder uns weh die Entgegenstellung von streng kirchlich dogmatischem und von praktischem Christentum. Unzählige Westfalen schöpfen die Kraft zu praktischem Tun ausschließlich aus ihrer Treue gegen das reformatorische Bekenntnis. Gewiß nicht wollen wir ein Dogma, das tut ist, und wir erkennen an, daß die Kirche oft gefehlt hat, wenn sie nur auf die Lehre und nicht auf das Leben sah. Aber mit seinem Wort gegen den kirchlich-dogmatischen Sinn hat der Landesbischof vielen seiner Treuesten weh getan.“

Von der Sozialdemokratie ist natürlich anderes als strikte Ablehnung der kaiserlichen Veröhnungsmahnung nicht zu erwarten. Getreu dem marxistischen Dogma erklärt der Vorwärts: „Selbst wenn es möglich wäre, die konfessionellen Gegensätze auszuheben — im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, das sozialistische Proletariat, sind diese Gegensätze selbst schon oft genug überbrückt worden — die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie lassen sich nimmermehr überbrücken, auch nicht durch die schönste religiöse Ideologie. Sie sind zu sehr in den ehernen wirtschaftlichen Tatsachen begründet. Sie können nur schwinden mit der Zeit.“

Deutschland.

— Ueber eine mögliche Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten Fallieres gehen allerlei Gerüchte. Der Pariser Korrespondent des „Daily Express“ ist ermächtigt, zu erklären, daß an den maßgebenden Stellen die Begegnung Kaiser Wilhelms mit Fallieres in Erwägung gezogen worden sei. Die Nachricht, daß die Entrevue stattfinden werde, sei allerdings verfehlt, die Verhandlungen seien aber in Arrangements noch nicht abgeschlossen.

fen. Demgegenüber bemerkt der „Matin“, daß von einem solchen Zusammentreffen in amtlichen französischen Kreisen keine Rede gewesen ist.

— (Die Kaisermanöver der Flotte.) Die „Deutschland“, mit dem Kaiser an Bord, ist nach Beendigung der Evolutionen und Gefechtsübungen der Hochseeflotte nachmittags 6 Uhr hinter der Düne von Helgoland vor Anker gegangen. Der Kaiser begab sich nach dem Anker wieder an Bord der „Hohenzollern“, die ebenso wie die „Deutschland“ bis morgen vor Helgoland bleibt. Einzelne Verbände der Flotte sind bis zu den morgen stattfindenden strategischen Manövern detachiert worden und dampfen aus Sicht von Helgoland.

— (Wiederaufbau der Burg Altena.) Der Kaiser genehmigte bei der Anwesenheit in Münster die ihm vom Oberpräsidenten vorgelegten Pläne zum vielbesprochenen Wiederaufbau der Burg Altena, den der Monarch als „patriotisch-künstlerische Großtat“ bezeichnet hat. Damit dürfte der langjährige, in den beteiligten Kreisen oft mit maßloser Festigkeit geführte Streit um die Burg Altena erledigt sein.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Breitenbach, wird vom 5. bis 11. September die Provinz Schlesien besuchen. Insbesondere ist eine Bereisung der Wasserstraßen und Eisenbahnstrecken in Aussicht genommen. Der Minister wird vom Unterstaatssekretär Gehrn. v. Coels, den Ministerialdirektoren Stieger und Wiesner, den Geh. Oberregierungsräten König und Bredow und dem Geh. Oberbaurat Germelmann begleitet werden.

— Der Kroniskus beabsichtigt, die Herrschaft Grimberg, die zum Familienfideikommiß des Grafen Droste zu Vischering von Kesselrode-Reichenstein gehört, das sich aus zahlreichen Gütern in Westfalen und der Rheinprovinz zusammensetzt, käuflich zu erwerben. Die ausgedehnten Waldungen, die zu Grimberg gehören und die einen reichen Wildbestand aufweisen, lassen vermuten, daß hier ein neues Jaggschloß geschaffen werden soll.

— (Die Petersprozesse.) Karl Peters sendet aus London an die Hamburger Nachrichten eine Zuschrift, in der er erklärt, er habe nunmehr auch gegen den Korrespondenten der Kölnischen Zeitung, von Bennigsen, Beleidigungsklage eingereicht, weil Bennigsen im März 1906 geschrieben habe, bei den Petersakten im Auswärtigen Amt läge ein Brief von Peters an den Bischof Wood-Wood von Manila, mit dem Inhalt des Tucherbriefes. Geheimrat Hellwig habe ihm denselben Inhalt im Jahre 1903 erzählt. Er werde nunmehr auch gegen Geheimrat Hellwig Klage einreichen.

— (Ein origineller Konflikt.) Ein temperamentvoller Herr scheint der russische Staatsrat v. Fedotschenko zu sein, der einige Zeit russischer Konsul in Lübeck war. Der Staatsrat und die Lübecker hatten keinen Gefallen aneinander gefunden. In Lübeck erzählte man etwas von russischen Manieren und unbezahlten Rechnungen. Der Staatsrat fand dagegen, daß Lübeck ein „stinkendes Krähennest“ sei, und daß die Lübecker Manieren noch unter den russischen ständen. Der „Hamb. Anz.“ hatte über die „Enthebung“ des russischen Konsuls von seinem Posten berichtet und darauf einen wutschnaubenden Brief von Herrn v. Fedotschenko erhalten. Er selbst habe seine Vernehmung aus dem „elenden Krähennest“ nachgelacht; dann schreibt er wörtlich:

Meine Beziehungen zum Senat von Lübeck sind keine guten gewesen, da von Anfang an einige von den Senatoren sich mir gegenüber als unhöflich erwiesen haben. Meine offiziellen Besuche wurden seitens des Bürgermeisters und eines gewissen Senators fehlend erst nach einem Monat beantwortet. Als ganz besonders taktlos und grob im persönlichen Verkehr haben sich die Senatoren Posselt und Strad erwiesen, worüber ich meiner Regierung berichtet habe. Was Ihre Zeitung darüber schreibt, daß „die maßgebende Stelle mir nahegelegt hätte, von meinem Posten zu scheiden.“ — ist eine plumpe Erfindung, welcher nur ganz bornierte Philister Glauben schenken können.

Während meines achtmonatigen Aufenthalts in Lübeck hat mir der Lübecker Senat aus verschiedenen Veranlassungen fünf (5) mal schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen.

Ich füge hinzu, daß der Posten eines kaiserlich russischen Konsuls in Lübeck bis jetzt unbesetzt bleibt. — Die Schlüsse werden Sie selbst ziehen können.

Wertwürdig ist mir, daß auch in Bremen, wo der Herr Staatsrat vorher seine diplomatische Tätigkeit ausübte, ein ähnliches Verhältnis zwischen ihm und dem Senat bestand. Jedenfalls ist dieser „diplomatische“ Konflikt zwischen Russland und Lübeck überaus originell.

— (Im Sinne des Majestätsbeleidigungserlasses?) Die Ferienstrassammer in Breslau verurteilte den Zigarrenfabrikanten Gustav Tige wegen einer Majestätsbeleidigung, die er vor 7 Jahren begangen hat, zu 2 Monaten Gefängnis.

Ausland.

Holland.

— Von der Haager Friedenskonferenz wird gemeldet: Das Komitee B der Schiedsgerichtskommission nahm am Montag in zweiter Lesung Kapitel 1 des Entwurfs

fes für einen ständigen Schiedsgerichtshof an. Bei der Weiterberatung erklärten die Delegierten Belgiens, Brasiliens, Chinas, Griechenlands, Mexikos und Rumaniens, welche mit der geplanten Verteilung der Richtermandate nicht einverstanden sind, daß sie sich ihr Votum vorbehalten. Die Fortsetzung der Weiterberatung erfolgt am Donnerstag. Die Landkriegskommission vertrat sich auf Mittwoch behufs Beratung eines neuen französischen Vorschlags, die Behandlung neutraler Staatsangehörigen betreffend.

Russland.

— Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland haben sich an Bord ihrer Yacht „Standard“ nach den finnischen Schären begeben. Der Minister des Äußern Axlowsky begibt sich über Berlin nach Karlsbad. Er wird im September auch in Wien eine Zusammenkunft mit Baron Lehrenthal haben.

— (Ein neuer Program.) Um den Tod des bei dem Entladen einer bei einer Hausfuchung gefundenen Bombe verunglückten Offiziers und dreier Polizeibeamten zu rächen, organisierte der Verband russischer Leute Sonntag in Odessa einen Program, der noch andauert. Die Kaufbolde laufen durch die Straßen und schießen auf alle Juden. Drei Juden sind getötet, gegen 60 schwer verwundet. Die Polizei ist untätig. Es wurde kein einziger Kaufbold verhaftet, es herrscht eine große Panik.

— (Hingerichtet.) Nikifor, Sinjanski alias Purkin und Naumoff, die am 29. August zum Tode durch den Strang verurteilt worden waren, weil das Militärgericht sie für schuldig befunden hatte, ein Attentat auf das Leben des Kaisers vorbereitet zu haben, sind heute hingerichtet worden.

Frankreich.

— Ueber ein schweres Vergehen gegen die Disziplin im französischen Heere wird berichtet: Als das zehnte Jägerbataillon die Fahne auf dem Bahnhof von St. Die in Empfang nahm, rief ein Korporal der Reserve namens Gerome laut aus: „Ich spucke auf die Fahne!“ Die Worte wurden dem Hauptmann gemeldet, der Gerome sogleich abführen und ihn für acht Tage ins Gefängnis setzen ließ. Der Oberst, dem diese Strafe zu gering schien, weil Gerome kein ungebildeter Mensch, sondern ein Lehrer ist, hat den Arrest verdoppelt. Der „Eclair“ vergleicht dies „harte“ Urteil mit einem kürzlich ergangenen deutschen Urteil gegen drei Reservisten, die von dem Kriegsgericht mit Zwangsarbeit für die Zeit von fünf bis sieben Jahren bestraft wurden. Auch das heute früh veröffentlichte Interview des Obersten Gable im „Matin“ über „Disziplin und Rekrutierung in Deutschland“, das von Stephane Lauzanne kommentiert wird, erregt im Hinblick auf den neuen Fall besondere Aufmerksamkeit.

Marokko.

— (Zur Lage in Marokko.) Wie die „Agence Havas“ mitteilt, hielten die französischen Minister am Montagabend eine Besprechung über die marokkanischen Angelegenheiten ab. Diese war nicht etwa durch den Eingang beunruhigender Meldungen veranlaßt, sondern bezweckte lediglich die Prüfung der verschiedenen Eventualitäten, die bezüglich des Vorgehens in Marokko in Betracht kommen könnten. Der Ministerpräsident erklärte auf eine Frage über den Verlauf der Ministerkonferenz, daß man sich zu keiner bestimmten Aktion entschlossen habe. Wenn die Lage Grund zu irgendwelcher Besorgnis geboten hätte, würde er alle Mitglieder der Regierung ersucht haben, nach Paris zurückzukehren. Clemenceau stellte in Abrede, daß von einer Rückberufung des Generals Drude die Rede gewesen sei. Dieser wie Admiral Philibert besäßen das volle Vertrauen der Regierung und es könne dieser nicht einfallen, ihnen den Plan ihrer Operationen vorzuschreiben.

Korea.

— (Korea und Japan.) In Korea werden grausame Maßregeln gegen Eingeborene durchgeführt. Ganze Orte werden niedergebrannt und viele Verdächtige erschossen. Die Koreaner mordeten allenthalben japanische Beamte und andere Personen. Ein umfangreiches Komplott ist entdeckt worden.

Kolonien.

— Morengas Anhänger sind ihm anscheinend nicht ganz sicher, denn einige von ihnen sind mit dem Gouverneur in Verhandlungen getreten. Darüber wird folgende Mitteilung gemacht: Nach einem Telegramm des Gouverneurs v. Schuchmann aus Windhuk vom 31. Aug. haben siebzig bei Morenga befindliche Bonobels um Aufnahme in das mit den Bonobels im Dezember 1906 geschlossene Unterwerfungsabkommen gebeten. Um Morenga Kräfte zu entziehen, sind Verhandlungen eingeleitet worden. Morenga selbst befindet sich bisher abwartend auf englischen Gebiete. — Es fragt sich allerdings auch, ob nicht vielleicht das Angebot der Unterwerfung lediglich eine Finte ist, um die Energie des Gegners aufzuhalten und weitere Zeit zur Sammlung zu gewinnen.